

trend

mitteilungen der gew - kreuzberg

nr. 1-93

Blues in Schwarz-Weiß

während noch immer und schon wieder
die einen
zerstückelt und verteilt und vertrieben werden
die einen
die immer die anderen sind und waren und bleiben sollen
erklären sich die eigentlich anderen
noch immer und schon wieder
zu den einzig wahren
erklären uns die eigentlich anderen
noch immer und schon wieder
den krieg

es ist ein blues in Schwarz-weiß
1/3 der welt
zertanz
die anderen
2/3
sie feiern in weiß
wir trauern in schwarz
es ist ein blues in Schwarz-weiß
es ist ein blues

das wieder vereinigte deutschland
feiert sich wieder 1990
ohne immigrantInnen flüchtlinge jüdische und Schwarze menschen...
es feiert im intimen kreis
es feiert in weiß

doch es ist ein blues in Schwarz-weiß
es ist ein blues

das vereinigte deutschland das vereinigte europa die vereinigten staaten
feiern 1992
500 jahre columbustag
500 jahre - vertreibung versklavung und völkermord in den amerikas
und in asien
und in afrika

1/3 der welt vereinigt sich
gegen die anderen 2/3
im rhythmus von rassismus sexismus und antisemitismus
wollen sie uns isolieren unsere geschichte ausradieren
oder bis zur unkenntlichkeit
mystifizieren
es ist ein blues in Schwarz-weiß
es ist ein blues

doch wir wissen bescheid - wir wissen bescheid
1/3 der menscheit feiert in weiß
2/3 der menscheit machen nicht mit

May Opitz
(Oktober 1990, Berlin)

May Opitz ist afro-deutsche dichterin und logopädin, die "wut, enttäuschung und schmerz" empfindet, "daß die dreckschüssel - genannt Deutschland - meine heimat ist".

editorial

Eine lange zeit ist seit dem erscheinen des letzten *trend* vergangen. Es ist wohl nötig, daß wir ein paar worte über die pause verlieren.

Die letzten nummern des *trend* hatten teilweise zu kontroversen diskussionen geführt. Das war von uns gewollt und eine schöne demokratische tradition.

Offensichtlich ist es aber auch tradition, auf den mv's lediglich schaum zu schlagen. So hatten einige anwesende ein redaktionsstatut gefordert, ohne später daran zu arbeiten, andere hatten den "stil" bemängelt, ohne später detailliert stellung zu beziehen. Meckern ohne konsequenzen. Dabei war es so einfach: der inhalt paßte manchem nicht und das kann frau/man nicht so einfach sagen, denn dann müßte ja widerlegt und ernsthaft argumentiert werden.

In einigen kollegien wurden die letzten *trend nr.* aber auch begrüßt. Wie das so ist, kamen die zustimmungen auch von leuten,

die nicht mehr auf die mv's gehen, aber immer noch in der GEW sind.

Im gespräch mit der bl haben wir festgelegt, daß die diskussion der *trend*-themen, also auch deren kritik, regelmäßig auf einer mv stattfinden soll. Wir wünschen uns dazu aber kein konsequenzloses gemecker, sondern eine veränderte gewerkschaftspolitik, die in Kreuzberg bitter nötig ist. Vielleicht können für diese diskussionen ja auch die kollegInnen erreicht werden, denen die anwesenheit auf mv's sonst nur frust bringt. Wir wünschen es uns und euch.

Schlicht vergessen haben wir in der letzten ausgabe den hinweis, daß Christine Storm ihre mitarbeit niedergelegt hat - sorry Christine! Wir haben gut zusammengearbeitet.

Auf - erstmal - ein neues.
Viel spaß beim lesen.

die *trend* redaktion

schlaglichter

Es ist geschafft: die abtl. vb hat brav die vom senat aufgetragenen 1,5 mio eingespart durch die vollaussstattung minus eins - und niemand hat's gemerkt. Teilungs-, förder- und schulsozialarbeitsstunden fielen schließlich auch vorher aus und das wird auch so bleiben.

Schließlich braucht es geld, um projekte durchführen zu können! Z. b. für die europaschulen - zumindest hat senschul hier ziemlich zugesagt, daß es auch einen zweig deutsch-türkisch geben wird. Man will aber noch die auswertung des schulversuchs zweisprachige alphabetisierung abwarten. Hier prüft ein bayerischer professor, ob die kinder gipfel oder kalb richtig schreiben können - eben typisch berlinerisch...

Wir gehen dennoch zuversichtlich davon aus, daß die auswertung die notwendigkeit der muttersprachlichen alphabetisierung zeigen wird und so für alle ausländischen schülerInnen etabliert wird!

Sparen will senschul gar bei der individualisierung der schullaufbahn (dem verkürzten weg zum abitur). Kaum zu glauben, brauchen doch die vielen gymnasien, die sich schon als grundständige angemeldet haben, räume, material und lehrkräfte, um die fünf- und sechstklässler beschulen zu können! Ob

das abitur auch in 12 jahren erreicht werden kann, ist umstritten. Die jetzige planung bedeutet jedoch einen regelrechten frontalangriff auf die sechsjährige grundschule! Während hier jedenfalls die umsetzung auf hochtouren läuft, wird bei der 3. gesamt-schule weiterhin geblockt. Der schulentwicklungsplan des vb-stadtrats mit all seinen umstrukturierungs- und umzugsplänen ist damit wohl erstmal hinfällig geworden. Nun hoffen alle auf das jahr 1994...

Sehr positiv sind die vielen aktionen an kreuzberger schulen gegen rechtsradikalismus und neonazismus zu vermerken. Die zunahme von patenschaften für asylbewerberheime, ständige spendensammlungen, projektstage und öffentlichkeitsarbeit zeigen, wie ernst es uns ist, uns gegen diese entwicklung zu wehren. Und das, obwohl politiker nicht müde werden, den verlust von werten in familie und schule als ursache für rechtsradikalismus erklären zu wollen! Schon die o. g. aktionen müßten sie eines besseren belehren, wenn sie doch nur lernfähig wären...

eure bezirksleitung

inhalt:

abwicklung in Kreuzberg	S. 3
hort meidet osten	S. 4
neue maßstäbe	S. 4
GEW auf nationalem trip	S. 5
ÖTV-PR warnt vor administrativer rationalität	S. 9
Ossietzkys landesverrat aktuell	S. 10
schulaufsicht als mahnwache	S. 10
schulaufsicht schafft schulpflicht ab	S. 11

impresum

trend nr. 1/93 erscheint im
märz 1993

herausgegeben von der bezirks-
leitung der GEW Kreuzberg

redaktion:

Detlev Kretschmann
Günter Langer
Rainer Pobloth

mitarbeit:

die bezirksleitung

beiträge:

Sendet uns bitte leserInnenbriefe
und gedichte für den trend;
und zwar in gemäßigter klein-
schreibung. Manuskripte bitte an:

Rainer Pobloth
Ernst-Bruch-Zeile 42
1000 Berlin 20
Tel.: 366 22 37

"abwicklung" in Kreuzberg

Nachdem zahlreiche kinder- und jugendeinrichtungen wie krippen, kitas, schulen (bis hin zu fach- (hoch-) schulen) in den ostberliner bezirken seit dem anschluß geschlossen wurden, greift nunmehr die abwicklungsarie über auf die westbezirke.

müllabfuhr statt dictionaries

In Kreuzberg sind praktisch alle bildungseinrichtungen davon betroffen.

Das hat stadtrat Jordan (AL) in einem offenen brief an staatssekretär Arndt erst kürzlich plastisch dargestellt. Nicht nur, daß per rasenmäher in allen bereichen 20 % weniger mittel ausgegeben werden können, sondern darüberhinaus noch andere ungereimtheiten für weitere verschlechterungen sorgen.



Ein beispiel: Müllabfuhr- und straßenreinigungsgebühren werden von der senatseigenen BSR drastisch erhöht, die zumessungen für diese posten im bezirk aber nicht. Damit die bezirklichen einrichtungen nicht im dreck versinken, muß hierfür geld aus anderen töpfen abgezweigt werden, z.b. aus der gebäudeinstandsetzung bzw. -erhaltung.

Daraus resultiert folgender dominoeffekt: Geht die flutlichtanlage auf dem sportplatz in der Wrangelstraße kaputt, kann das OSZ Handel oder die gegenüberliegende 5. OH eben weniger lehr- und lernmittel anschaffen, wofür ohnehin schon 20 % weniger angesetzt waren (s.o.).

Die so viel gescholtene DDR-errungenschaft des gebäudeverfalls erobert nun auch unsere kreuzberger bildungseinrichtungen...

(teil-?)schließungen von bibliotheken

Die öffentlichen büchereien werden gezwungen personal einzusparen, so auch die vielgenutzten bi-

bliotheken in den drei kreuzberger OSZs. Das hat zur folge, daß die öffnungszeiten reduziert werden müssen, am 1. OSZ (Metall) und am 2. OSZ (Textil) diese einrichtungen aus dem verbund der öffentlichen bibliotheken ausgegliedert und nur noch zu verkürzten zeiten geöffnet bleiben. Für 1994 droht ihre gänzliche schließung. Die bibliothek im 3. OSZ (Handel) folgt dieser entwicklung mit einer zeitverzögerung von 12 monaten...

"verdichtung" und "untertunnelung" der beruflichen bildung

Die überbezirkliche OSZ-ergänzungsplanung geht für die OSZ-neugründungen in den ostbezirken von einer 20 %igen sogenannten "verdichtung" aus, d. h. der standard dieser schulen soll 20 % unter den bislang in Berlin geltenden normen liegen. Die bereits existierenden westberliner OSZs (in Kreuzberg: drei OSZs mit zusammen ca. 8 000 schülerInnen) sollen parallel dazu um 25 % abspecken.

Das reicht den abwicklern aber noch nicht aus. Zusätzlich wird eine "untertunnelung" des zu erwartenden spitzenbedarfs geplant. Dieser terminus technicus

aus dem hause Sen-Schul unterstellt für die kommenden jahre einen (berufs-)schülerInnenberg, der leicht 25 % über dem durchschnitt liegen kann. Der berg bleibt bei der planung



also außer acht, "getunnelt" wird nur für den durchschnitt. Mit anderen worten, die zu erwartenden verschlechterungen können sich schnell auf 50 % addieren. Wie die schulen das auffangen sollen, ist völlig unklar. Gesprochen wird von frequenzerhöhungen in den klassen, umwidmung von bislang anderweitig genutzten räumen zu klassenzimmern etc....

hort meidet osten

OFFENER BRIEF Berlin, den 9.9.1992

JETZT REICHT'S!

Am Montag, d. 7.9.92 ist einer unserer hortgruppen, die auf dem weg vom fernsehturm war, folgendes passiert:

In der u-bahnstation Alexanderplatz wurde eine kollegin massiv verbal von einer passantin (ca. 50 jahre alt) aufgefordert, sich den Deutschen mehr zu widmen und "den kanaken weniger zeit zu opfern". - Innerhalb kürzester zeit fanden sich zaungäste, die der erzieherin keinesfalls beistanden.

Ab u-bahnhof Heinrich-Heine-Str. ging die gruppe auf der Köpenicker Straße in richtung Pücklerstraße. Noch im ehemaligen ostteil mußte die gruppe sich von einem vorbeifahrenden radfahrer (der quer auf dem gehweg durch die gruppe fuhr) sagen lassen, "in das dunkelhäutige pack sollte man eine bombe schmeißen". -

Etwa 200 m danach wollte die gruppe dann die straße überqueren. Ein türkisches kind beobachte

te als erstes in der gruppe den verkehr, ein heranfahrender Trabbi drosselte seine geschwindigkeit; durch das geöffnete fenster zeigte der beifahrer zur gruppe den ausgestreckten mittelfinger mit den worten: "Alle Türken müßte man vergasen!" (Daumen nach unten). Dann fuhr er weiter. Völlig geschockt war keiner in der lage, das kennzeichen festzustellen.

Das ist kein einzelfall, und die öffentlichkeit muß darüber informiert werden, daß Rostock näher ist, als einige denken.

In dieser jetzigen situation können und wollen wir die verantwortung für gruppenaktivitäten im ostteil unserer stadt nicht mehr übernehmen.

Für alle, die bis jetzt noch nicht betroffen waren, sollte dies eine ernstzunehmende warnung sein. Wir fordern euch auf, ähnliche erfahrungen nicht zu verschweigen, sondern zu veröffentlichen, z. b. durch offene briefe oder leserbriefe an die presse.

HORT PÜCKLERSTRASSE

neue maßstäbe setzen!

Zum nikolaus wurde den kreuzberger bediensteten ein rundschreiben in die fächer gewickelt, in dem das bezirksamt, namentlich auch unser dezernent Dirk Jordan, zu den morden in Mölln stellung bezog. Es wurde empörung kaum ausgedrückt. Auf der 2. seite wurde dann allerdings dick aufgetragen: ein selbstlob nach dem anderen.

Die sätze: "Kreuzberg hat in der vergangenheit bereits maßstäbe im umgang mit menschen

gesetzt, die zu gesellschaftlichen minderheiten gehörten. Dies soll so bleiben", lassen fragen, ob es sich dabei gar um eine drohung handelt. Nein! So wie bisher darf es nicht bleiben und die "maßstäbe" waren keinesfalls durchweg positiv. Das belegen nicht zuletzt die klagen aus den kollegien über mittelkürzungen, stellenstreichungen, fehlende fördermaßnahmen...

Zufällig flatterte uns ein flugblatt auf den redaktions-tisch, das den umgang mit minderheiten zum inhalt hat.

Ein neuer notwendiger maßstab wäre doch wohl, eine antirassistische veranstaltung in Kreuzberg zu unterstützen, auch wenn sie nicht gerade auf der linie der SPD, CDU und AL liegt.

Das ursprünglich für den 14.11.92 in Chip geplante Jugendfestival (Flugblätter und Plakate waren schon gedruckt) wurde seitens des Bezirksamts Kreuzberg verboten. Als Begründung wurde genannt, daß das Festival die Jugendlichen zur "Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe und gegen die rassistische Staatspolitik aufruft und es mit der "Mete Eksi" Demo im Zusammenhang steht. Trotz Versprechen wird eine schriftliche Begründung verweigert. Sowohl die Demo-Veranstalter als auch wir werden kriminalisiert. Dieser Fall zeigt, wem der Staat dient und gegen wen er ist. Um diesen Verbot zu protestieren:

Veranstalten wir am 19. November 92, Donnerstag 16:00 vor dem Bezirksamt Kreuzberg (Yorkstr.4, 1/61 U-Bhf: Mehringdamm) eine Kundgebung.

JUGENDFESTIVAL GEGEN RASSISMUS

Stand up for your rights, Erhebt Euch für Eure Rechte,
Don't give up the fight! Gebt den Kampf nicht auf!

GEW auf nationalem trip:

Kreuzberger LehrerInnen auf dem weg nach Wojerec (Hoyerswerda)

Unruhige zeiten. Staaten werden abgeschafft, aufgeteilt oder neu gegründet. Ideologien und überzeugungen stehen zur disposition. Kreuzberger GEW-lerInnen mittendrin:

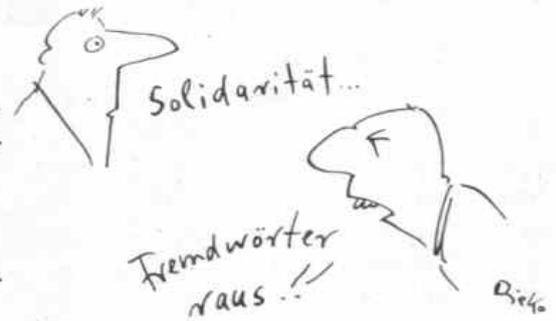
Ausländerfeindlichkeit, minderheitenhaß und rechts-extremismus bzw. neonazismus begegnen uns nicht mehr nur in den medien, sondern in den eigenen klassen, bei klassenfahrten speziell in ostseestrandbädern und sonstwo in den neuen bundesländern, gelegentlich auch in den eigenen kollegien, vielleicht auch in uns selbst. Deshalb müssen diese themen bei uns auf der tagesordnung bleiben.

Wir müssen uns fragen, wie wir in Kreuzberg die welle rechtsextremer gewalt analysiert und auf sie regiert haben, wir müssen uns darüberhinaus fragen, inwieweit wir mitstricken am nationalistischen netz. Wie das schicksal der pädagogInnen bei der faschistischen machtübernahme gezeigt hat, ist dieser berufsstand keineswegs gefeit vor den ideologien der einfachen lösungen und der ungleichheit von menschen, die nicht herrschafts-, sondern naturbedingt sei. Beide aspekte vereint ließ eine autoritäre hierarchisierung nach rassen und begabungen quasi zwangsläufig erscheinen. Selbst im vergleichsweise demokratischen Berlin mit seinen reformschulen wurden nach der machtusurpation der Nazis nur 570,

Foto: Paul Glaser



das waren 4,4 % aller pädagogInnen, aus politischen gründen entlassen. Oppositionell eingestellte lehrerInnen mußten feststellen, daß viele ihrer kollegInnen mit dem neuen regime sympathisierten. So gab bspw. der bis dahin demokratisch orientierte "Lehrerverband Berlin", der vorläufer der heutigen GEW, bereits zum 20. April 1933 eine sonderausgabe seiner "Berliner Lehrerzeitung" heraus, in der dem "Volkskanzler Adolf Hitler" salbungsvoll der arsch geleckert wurde.



Im folgenden soll an einigen prägnanten punkten bezüglich der auswirkungen des sich neu formierenden nationalismus gezeigt werden, ob sich eine schleichende veränderung im selbstverständnis unserer kollegien vollzogen hat:

"wir sind ein volk" ?

Die freude über den fall der mauer war (fast) allgemein. Geschichte schien wieder machbar. Viele von uns glaubten an den erfolg der massenbewegungen und an eine erneuerung der demokratie von unten. Diese option war allerdings spätestens mit übernahme der DM durch die noch existierende DDR und deren bald folgenden anschluß an die alte Bundesrepublik verspielt. Nur wenige nörgler haben vor der nationalen euphorie gewarnt. In Kreuzbergs lehrerInnenschaft war das vielleicht ein gutes dutzend, das sich kritisch geäußert oder an aktionen beteiligt hat. Die mehrheit der GEW wollte sich offenbar in das unvermeidliche klaglos fügen.

Hoyerswerda ist ...

Dem ersten pogrom im neuen Deutschland gegen vietnamesische und mozambiquanische vertragsarbeiter sowie gegen flüchtlinge aus aller welt unter aktiver beteiligung vieler "normaler" bürger von Hoyerswerda (sorbisch: Wojerec) folgte innerhalb der GEW keine angemessene reaktion. Diesesmal war es nicht

mal mehr ein dutzend kreuzberger kollegInnen, die die so dringend erforderliche solidarität mit den opfern vor ort öffentlich machten. (Massiv behindert wurden sie dabei von 3000 BGSlern und anderen beamteten, die sich beim pogrom natürlich nicht hatten blicken lassen.) Eine diskussion blieb weitgehend aus.

... überall!

Die pogromartigen krawalle in Mannheim-Schönau wurden überhaupt nicht mehr wahrgenommen.

Erst Rostock-Lichtenhagen löste debatten und aktionen aus. Einige beherzte kreuzberger kollegInnen fuhren zur großdemo nach rostock, nicht ohne von den grünröcken vorher ordentlich gefilzt zu werden. 15 000 menschen nahmen in Berlin an einer staatsunabhängigen demo, ca. 300 000 an der bekannten staatsdemo teil. Beide demos wurden von den regierenden und medien genutzt, die teilnehmer im ausland als gute Deutsche zu verkaufen. Sie sollten für gute stimmung im ausland sorgen, da dort (vor allem in Israel und in den USA) schon mächtige stimmen laut wurden, Deutschland notfalls durch internationale maßnahmen zur verfolgung der neuen nazis zu zwingen. So hatten sich u.a. der New-York-Times kolumnist A.M. Rosenthal und der US-Congress-abgeordnete Joseph Kennedy nach seinem besuch in Deutschland in diesem sinne ausgesprochen.

der 9. November

Ermuntert durch die antigewaltaufrufe seiner parteibosse riet schulsenator Kleemann projektstage durchzuführen. Hiervon inspiriert führte die kreuzberger GEW die veranstaltung zum 9. November auf dem Mariannenplatz und am Fraenkelufer vor der synagoge durch. Es nahmen mehrere tausend schü-

lerInnen und lehrerInnen teil. Unter der schirmherrschaft des stadtrats wurden sie zu einem "miteinander" aufgerufen. Einzig schülerInnenvertreter versuchten, die brandstifter namhaft zu machen und die heuchler als

solche zu bezeichnen. Über die ursachen der gegenwärtigen verbrechen wurde sonst kein wort verloren. Stattdessen durfte sich der AL-politiker Jordan unwidersprochen darüber auslassen, daß sein staat nicht rassistisch sei. Bei der anschließenden manöverkritik der GEW-organisatoren wurde die kritik der zu großen staatsnähe der veranstaltung nur unwillig zur kenntnis genommen und konsequenterweise als irrelevant behandelt.

wer mordet?

Auf der im selben monat folgenden mitgliederversammlung der GEW-Kreuzberg wurde ein text zum



thema ausländerfeindlichkeit vorgelegt und verabschiedet, der auf der personalversammlung am 19.11. als antrag eingebracht werden sollte.

Die simple tatsache, die vor kurzem Günter Grass zum austritt aus der SPD veranlaßt hat, daß nämlich "die regierung von ihrem versagen bei der umsetzung der deutschen einheit ablenken und mit der asyldebatte den blick auf andere themen richten wolle", wurde als absurd abgetan und wurde in der damaligen formulierung nicht in den text aufgenommen. Die persönliche verantwortlichkeit von ministern wie bspw. Kupfer, Seite und Seiters ebenfalls nicht.

Niemand interessierte es, was Seiters in Rostock



nach 2 pogromnächten in einer konferenz mit ausschließlich hochkarätigen politikern Mecklenburg-Vorpommerns für orders gab und warum darüber bis zum heutigen tage offiziell stillschweigen gewahrt wird. Niemand fand es bedenkenswert, daß stunden nach Seiters abreise die polizeikräfte von dem vom nazistischen mob belagerten haus abgezogen wurden. Das haus, in dem sich noch etwa 100 Vietnamesen und ein ZDF-team aufhielten, wurde bekanntlich



auf diese weise zur inbrandsetzung freigegeben.

Diese darstellung, live von durch die ereignisse entsetzte ARD-reporter in die wohnstuben der gesamten republik übertragen, wurde wütend von einigen teilnehmern der kreuzberger GEW-mitgliederversammlung ins reich der fabeln verwiesen. Dabei blieb es. Offensichtlich hatte niemand die stundenlange, äußerst verdienstvolle TV-live-show von der Nazi-front gesehen.

Der weitere verlauf der ereignisse, Seiters verlangte mit hinweis auf Rostock erneut die abschaffung des art. 16 GG, läßt politische absichten hinter dieser kriminellen vorgehensweise erkennen. Der tod von menschen wurde offenbar bewußt eingeplant. Unter den 150 festgenommenen befanden sich nur 30 rechtsextremisten, der rest waren linke, die nach Rostock geeilt waren, um dort die flüchtlinge zu schützen. Letzteren wurde von CDU-politikern (Seiters u.a.) vorgeworfen, mit den faschisten gemeinsame sache gemacht zu haben.

Der verabschiedete text unterstellte "soziale ursachen" für den deutschen rassismus und nicht etwa die folgen der einheit, die nationale grundstimmung im vereinigten Deutschland oder gar die völkische definition der deutschen staatsbürgerschaft (jus sanguinis). Die lösung nach dieser masche sähe dann so aus, die täter mit materiellen wohlthaten ruhigzustellen. Der forderungskatalog sah entsprechend aus.

neue kultur in Kreuzberg

Auf der personalversammlung, unbeeindruckt von den gerade stattgefundenen morden in Mölln, wurde ausgerechnet der kollege am reden gehindert, der die notwendigkeit der befassung mit dem thema ausländerfeindlichkeit begründen und die aussagen von türkischen eltern zitieren wollte. Alle anderen themen ließ man hingegen ohne murren über sich ergehen. Der oben besprochene text wurde fast einstimmig angenommen.

... und in Berlin

Auf der landesdelegiertenversammlung anfang dezember wurde ein ähnlicher text vorgelegt und mit einer ergänzung aus Charlottenburg, in dem die regierenden zumindest als beteiligte am umsichgreifenden rassismus gesehen werden, als arbeitsgrundlage verabschiedet.

GEW im Thälmannschen vakuum

Der GEW-bundesvorsitzende stellt derweil in der Dezember-Nummer der "Erziehung und Wissenschaft" die Frage, ob "wir ein neues nationalbewußtsein" brauchen, um sie auch sogleich positiv zu beantworten, denn das "historisch politische faktum", der nationalstaat, dürfe "nicht negiert" werden und "die inhaltliche füllung des entstehenden vakuums" (?) dürfe nicht "allein den konservativen, gar den rechts-

extremisten überlassen" werden. "Dies wäre ein fehler, den die politische linke bereits einmal in Deutschland gemacht hätte". Da muß man sich doch fragen, welchen beruf dieser mann hat und ob er noch in seiner funktion tragbar ist, wenn er mir nichts dir nichts den 1923 von Karl Radek eingeführten sogenannten nationalbolschewistischen Schlageterkurs bzw. den 1930 von Heinz Neumann auf geheiß Stalins der Thälmannschen KPD aufgezwungenen Scheringkurs



("nationale und soziale befreiung Deutschlands") mit seinen bekannten langzeiteffekten bis in die DDR



hinein wiederaufzuwärmen versucht. (Hintergrund dieser damals von Moskau gewünschten "besetzung des nationalen" war beidesmal der wunsch, die Deutschen gegen die westmächte aufzustacheln und diese von angriffen gegen die Sowjetunion abzulenken). Oder eifert Dieter Wunder nur seinem idol Willy Brandt nach, der just in dem jahr (1972) als er den radikalenerlaß gegen links erfand, die wahlkampfparole ausgab "Deutsche, wir sind stolz auf unser land!" und auch in seinen alten tagen sentimental stimmungen nachhing und kräftig auf die nationale pauke haute? 1914 kannte die gesamte linke auch nur noch deutsche...

Wichtiger als "neue nationale identitäten" zu schaffen, wäre es allemal, sich darum zu kümmern, wie pädagogInnen bei ihren schülerInnen in einer weise persönlichkeitsbildend wirken können, daß diese nicht mehr zu ethnischen oder anderen übergestülpten identitäten zuflucht suchen wollen. Das von Dieter Wunder oder der redaktion der e & w beigefügte Tucholskyzitat spricht übrigens eher gegen diesen quatsch, denn erstens zeigt es, wer in der Weimarer Republik hauptsächlich träger des "nationalen gedankens" war, nämlich neben Stahlhelmen und regierungsvertretern die Oberstudienräte (sic!), und zweitens hat Tucholsky seinen irrturn bitter bezahlen müssen, er und seine leserInnen seien auch "Deutschland". Wenige jahre verblieben ihm nur noch bis zur emigration und zur verzweiflung...

struktureller rassismus

Die gründung der 3. gesamtschule in Kreuzberg ohne gleichzeitige abschaffung der hauptschulen und ohne einbeziehung der gymnasien birgt die gefahr in sich, die situation der dann noch verbleibenden

hauptschulen weiterhin drastisch zu verschlechtern. Diese würden voraussichtlich zu reinen ghettoschulen. Der jetzige anteil von migrantenkindern an diesem schultyp von 65 % bis 85 % würde sich vermutlich an die 100 % annähern. Sowohl die GEW-personalratsfraktion als auch der AL-stadtrat wollten diese erkenntnis, die auf einer simplen rechenaufgabe beruht, nur widerwillig zur kenntnis nehmen. Der strukturelle rassismus in unseren schulen wird an solchen zahlen allerdings plastisch klar.

Passen wir also auf, was und wie bei uns von "unseren" politikern geplant und umgesetzt wird. Der vorsitzende des kreuzberger bezirksamtspersonalrat, Wolfgang Dennier, hat auf der letzten personalversammlung seiner behörde eindringlich auf die problemlose verflechtung von nazipolitik und der damaligen verwaltungsarbeit in den ämtern hingewiesen. Er hat davor gewarnt, die augen vor diesem institutionellen automatismus zu verschließen. (Siehe nachfolgenden beitrag!). Wir sollten dies ebensowenig tun. Noch ist der zug ins 4. reich nicht abgefahren, noch sitzen nicht genügend drin, noch können wir die notbremse ziehen...

Unsere politiker sind betrüger

Unsere politik ist verlogen.

Wir stehen hier zusammen und müssen begreifen, daß die ausländer-/asylpolitik schon längst kein problem mehr der regierung ist, denn diese leute werden nicht in der u-bahn angepöbelt, diese leute verbrennen nicht in ihren notunterkünften - darum müssen wir politik machen!

Der 9. November, nicht nur tag der freude über die maueröffnung - nein -, auch ein tag der pogrome während der NS-zeit.

Fragt man menschen von damals - war es keiner, fragt man heute menschen aus Rostock oder Hoyerswerda - war es auch keiner, der erschlagen oder verbrannt hat. - Natürlich nicht. - Wacht auf!

Denn ihr findet die gewalt nicht nur auf der straße, sondern in den köpfen eurer nachbarn, bekannten, verwandten und natürlich bei den politikern...

9. November 1992

schülervertreter des OSZ handel

ÖTV-PR des ba Kreuzberg warnt vor rassistischem und administrativer rationalität

Was gibt es noch außerhalb der GEW, wenn wir schon selten wissen, was innerhalb läuft? Der personalrat des bezirksamtes Kreuzberg (ÖTV-mehrheit) hatte zu einer personalversammlung eingeladen. Wir halten die rede des personalratsvorsitzenden Wolfgang Dennier für so wichtig, daß wir sie in auszügen abdrucken. Was den großen unterschied zu den lehrerInnen ausmacht ist die tatsache, daß Wolfgang Dennier den faschismus nicht als etwas fremdes begreift, sondern die frage aufwirft, wie die verwaltung daran mitgearbeitet hat und wie sie es vielleicht schon wieder tut. Eine frage also, die unter uns lehrerInnen noch aussteht.

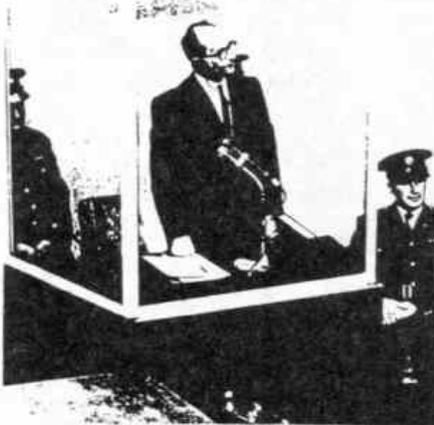
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(...) Wir müssen uns der welle der gewalt entgegenstellen. Wenn die welle der gewalt nicht gestoppt wird, wird sie sich - das zeigt die geschichte - immer neue opfer suchen.

Fremdenfeindlichkeit schadet nicht nur den fremden, sondern uns allen.

Menschenverachtung und haß zerstören die grundlagen unseres zusammenlebens. Wir dürfen nicht zulassen, daß ausländer und ausländerinnen zu sündenböcken für probleme gemacht werden, die sie nicht verschuldet haben. (...) Zu oft wird von richtern und staatsanwälten noch versucht, ausländerfeindlichkeit und neonazistisches gedankengut unter der ebene eines beliebigen einbruchsdelikt zu bewerten.

Zu oft steht die über jahrzehnte auf linke gefahren eingeschworene polizei rechtem terror nachsichtig oder gar tatenlos gegenüber.



Eichmann vor Gericht in Jerusalem 1961

Die ereignisse in Deutschland sind für den personalrat anlaß, an ein anderes datum zu erinnern. Am 20.

Januar 1942 wurde im haus am Großen Wannsee über die "endlösung der europäischen judenfrage" beraten, so der wortlaut des protokolls.

Im denken und im sprachgebrauch der teilnehmer der sogenannten Wannsee-Konferenz waren die planmäßig organisierte ermordung von millionen juden verwaltungsakte, koordinierungsangelegenheiten, herausforderungen an die bürokratie. (...)

Der historiker Karl Hilberg hat den nationalsozialistischen judenmord als prozeß beschrieben, der sich nach und nach entwickelte. In diesem prozeß hat die öffentliche verwaltung eine zentrale rolle übernommen. Ohne die mitarbeit von vielen zehntausenden mitarbeiterinnen und mitarbeitern in staatlichen ämtern und dienststellen wären die verbrechen der nationalsozialisten in diesem ausmaß nicht möglich gewesen. Sie haben ihre arbeitskraft und fähigkeiten

bereitwillig und kreativ eingesetzt. Wo richtlinien fehlten, bewiesen beschäftigte erfindungsgeist und geschick, um zu handeln wie es erwartet wurde. Die verwaltung wußte, was sie tat. (...)

Wir beschäftigten des öffentlichen dienstes sollen empfindlich werden für die besondere verantwortung, die wir für menschenrechte und menschenwürde tragen. (...)

Eingreifen in rechte und privatsphäre von menschen gehören zum alltag jeder ordnungs- und eingriffsverwaltung: die grenzen sind auch im demokratischen staat verschiebbar und werden verschoben. Konflikte zwischen verwaltungsvorschriften und humaner entscheidung treten täglich auf. Deshalb ist ein bewußter, vorsichtiger umgang mit der staatlichen macht, an der wir beschäftigten der öffentlichen verwaltung teilhaben, ein ziel, das sowohl in der ausbildung und verwaltungspraxis einen hohen stellenwert haben muß. (...)

Im konfliktfall ist zivilcourage nötig. Zivile grundwerte und der schutz der gesundheit und des lebens von menschen

sind nicht erst vor dem hintergrund des holocaust unverzichtbare werte für eine demokratische gesellschaft.

Doch die auseinandersetzung mit dem holocaust macht deutlich, daß das wirksamste mittel der verteidigung gegen diskriminierung und verfolgung engagierte bürger und bürgerinnen sind,

- die bereit sind, der staatsmacht und den eigenen vorgesetzten die stirn zu bieten,
- die bereit sind, für ihre mitbürger und mitbürgerinnen einzutreten,
- und dort einzugreifen, wo menschen ausgegrenzt und diskriminiert werden.

Wir wünschen uns in diesem bezirksamt viele von diesen engagierten und mit zivilcourage ausgestatteten mitarbeiterinnen und mitarbeitern.

es lebe der "landesverrat" neuigkeiten über Carl von Ossietzky

In unserem bezirk gibt es einige schulen, die namen bekannter individuen tragen, deren leistungen darin bestanden, daß sie sich nicht als deutsche, sondern als menschen verhalten haben.

Es scheint noch nicht weiter aufgefallen zu sein, daß die bundesdeutsche justiz Carl von Ossietzky erneut zum landesverräter erklärt hat.

Was war denn?

Die tochter Carl von Ossietzkys, Rosalinde von Ossietzky-Palm, wollte vergeblich beim kammergericht die rehabilitierung ihres vaters erreichen.

Sie legte beim BGH beschwerde ein. Der generalbundesanwalt Alexander von Stahl stellte fest, daß von Ossietzky die sicherheit des reiches gefährdet habe und forderte, die beschwerde zu verwerfen.

So geschah es: Das BGH befand, daß dem reichsgericht keine vorsätzlich falsche rechtsanwendung vorzuwerfen sei.

Nochmal die fakten: in der "Weltbühne" veröffentlichte von Ossietzky 1929, daß die reichswehr entgegen der verfassung

und entgegen dem versailer vertrag mit dem aufbau der luftwaffe begonnen hatte. Diesen artikel hatte er zu verantworten.

Das reichsgericht verurteilte die aufdeckung der frühen kriegsvorbereitung 1931 schließlich als landesverrat und von Ossietzky zu achtzehn monaten in Tegel.

Aufgrund dieses urteils steckten ihn die deutschen später ins kz Esterwegen. Sein tod 1938 war die folge dieses kz-aufenthalts.

Die bundesdeutsche justiz hat eine chance vertan, wenigstens in einem so klaren fall stellung für die verfassung und gegen das reichsgericht zu beziehen.

Einigen kollegInnen der Ossietzky-Schule war das aufgefallen. Sie machten auf einer gesamtkonferenz den vorschlag, einen brief an Rosalinde von Ossietzky-Palm zu schreiben, in dem erklärt werden soll, daß frau/man auf ihrer seite steht und unterstützung angeboten wird. Vielleicht ist dieser skandal um den namensgeber einer sehr

großen schule in Kreuzberg in den höheren etagen nur untergegangen. Eine klare stellungnahme durch die politische und administrative leitung der schulverwaltung, vielleicht sogar durch die lehrerInnen (nicht nur der Carl-von-Ossietzky-Schule) wäre doch schon was.



*Die 1926 - 1933 durch Carl von Ossietzky geleitete "Weltbühne" gibt es noch. Die ausgabe vom 12.01.93 beschäftigt sich mit diesem thema. Für dm 3,- an guten kiosken.

mahnwache gegen fremdenfeindlichkeit

Seit september '92 organisiert der Arbeitskreis asyl des spandauer leitungsgrremiums der evangelischen kirche auf dem spandauer marktplatz jeden sonnabend zwischen 11 und 12 uhr eine mahnwache gegen ausländerfeindlichkeit. Ungefähr 20 bis 30 demonstrantInnen stehen da - etwas verloren auf dem riesigen platz - mit transparenten im halbkreis und mahnen die passanten u. a. mit bibelzitatzen zur nächstliebe gegenüber ausländern und flüchtlingen. Ein beispiel: 3. Moses 19,33 Wenn ein-

fremdling bei euch wohnt, den sollt ihr nicht bedrücken - spandauer christen/innen gegen gewalt und ausländerhaß.

Von den meisten passanten ignoriert, sind dort einige mitdemonstrantInnen, die man hier überhaupt nicht vermutet hätte: die gesamte spandauer schulaufsicht inklusive CDU-stadtrat (!) Hanke steht in ihrer freizeit jeden sonnabend dabei.

Sie haben weder rundschreiben mit selbstgerechten appellen oder moralischen richtlinien herausgegeben, sie haben nur

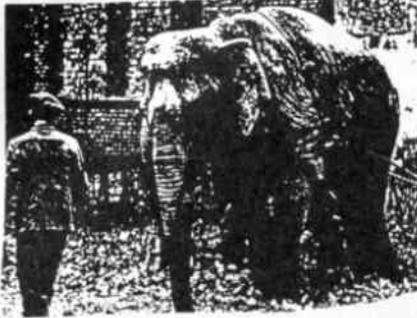
Sorge, daß die relative ruhe an den schulen jeden moment umschlagen kann. Sie handelten nicht als schulräte, sondern als ganz normale bürger.

Wäre das in Kreuzberg denkbar? Die schulaufsicht und das büro des stadtrates waren nicht einmal in der lage, den antirassistischen tag vorzubereiten, selbst das mußte der personalrat tun. Dann allerdings konnte Richard von Jordan doch noch öffentlichkeitswirksam als "schirmherr" (es hatte doch gar nicht geregnet) fungieren.

vollzeitlehrgang 11. schuljahr (VZ 11)

fünf elefanten im VW

"Wie kriegt man fünf elefanten in einen VW? - Ganz einfach", witzelten Käfer-fans vor 20 jahren gelegentlich, "2 vorne, 3 hinten!" Am OSZ handel in der Wrangelstraße mußte man sich zum neuen schuljahr eine



ähnliche frage stellen. In dem gebäude sind fast 500 schülerInnen mehr zu versorgen als letztes jahr. Alle raumreserven wurden mobili-

siert, fahräume umgewidmet, kleingruppenräume als "normalräume" genutzt. 20 lehrerInnen fehlen.

Angesichts der personal- und raumknappheit konnte man es sich gerade leisten, für 700 (!) angemeldete VZ 11-schülerInnen eine (!) klasse einzurichten. Und wie kriegt man nun 700 schulpflichtige in diese eine klasse? Ganz einfach, meinten schulrat Hartmann und die damen und herren aus der Bredtschneiderstraße:

Zwar ist der besuch des VZ 11-lehrgangs pflicht für alle abgängerInnen aus der 10. klasse, jedoch nur soweit sie weder arbeit, noch ausbildung, noch einen anderen schulbesuch nachweisen. Der bodensatz also, die übriggebliebenen, diejenigen, die nicht wollen oder nicht können. Erfahrungsgemäß, so die schulräte, kämen viele dieser jugendlichen trotz schulpflicht nie in der schule an. Und die ankommenden nähmen so sporadisch am unterricht teil, daß man getrost "Klassen mit einer Frequenz von 50 - 60" einrichten könne.

Die aspirantInnen auf einen VZ 11-platz reduzierten sich denn wie folgt:

das schulsekretariat konnte bis August die hälfte der erfassungsbögen aussortieren, weil die schülerInnen nicht mehr schulpflichtig waren bzw. einen ausbildungs- oder schulplatz nachwiesen. Zur einschulung wurden noch 360 eingeladen. Ein drittel, genau 119 jugendliche erschienen. Wie kriegt man nun die 119 in eine klasse? Ganz einfach.

Einigen wenigen glücklichen werden freie schulplätze nachgewiesen: Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Marzahn. Die kleine unbequemlichkeit müssen wir ihnen schon zumuten!

Die anderen werden erst einmal beraten: vom ar-

beitsamt, von der industrie- und handelskammer, vom senator für schulwesen. Wir wünschen ihnen viel erfolg bei der jagd auf die letzten freien ausbildungsplätze! Wenn sie nichts finden: bitte nächsten Montag wiederkommen.

Am nächsten Montag sind es nur noch 70. Von ihnen werden 28 ausgewählt und eingeschult. Sie sind überglücklich und haben das große los gezogen. Die anderen: bitte nächsten Montag, vielleicht hat der schulsenator dann was für sie.

Nächsten Montag: nichts. Übernächsten Montag: es sind noch 35, die ein bewundernswertes stehvermögen haben, fast alle sind Türkinnen aus Kreuzberg und Neukölln. Der schulleiter teilt mit: es wird jetzt doch eine neue klasse eröffnet (freude), und zwar in der Filiale Marzahn (abwehr). Dahin wollen wir nicht, unsere eltern erlauben das nicht. Am nächsten morgen in Marzahn kommen neun unentwegte an. Eine neue klasse wird nicht eröffnet, denn nun sind es zu wenige.

Sage einer, fünf elefanten im VW, das sei unmöglich. Man braucht nur einen elefantenarsch, um das problem auszusitzen und eine elefantenhaut, um das soziale elend nicht wahrzunehmen, das schule auf diese weise, wenn nicht verursacht, so doch nicht abbauen hilft.

p. s.: Da war doch letzte woche ein elternpaar bei der schulleitung, einfache leute offenbar. Guten tag, wir suchen unsere tochter. Geht die hier zur schule? Tja, in unserer VZ 11-klasse ist sie nicht. Ach ja, hier. Sie ist ein noch unbearbeiteter fall. Wir hatten leider keinen platz für sie. Die eltern verstört: aber sie geht jeden morgen aus dem haus und kommt erst abends um fünf wieder heim! Was die tochter wohl den ganzen tag so treibt?



Sonder - Ausgabe

Berliner Lehrerzeitung

Organ des Lehrerverbandes Berlin

Verantwortlicher Schriftleiter:

 Albert Schreiber, Berlin-Steglitz
 Zimmermannstr. 26, Fernsprecher: C 2 Steglitz 8513


Verlag: Lehrerverband Berlin

 Geschäftsstelle: Berlin C 25, Kurze Str. 37
 Fernsprecher: C 2 Kupfergraben 0198

14. Jahrg.

Berlin, den 20. April 1933

Nr. 16a

Dem Volkskanzler Adolf Hitler zum Gruße!

Feiertag ist heute in allen deutschen Ländern. Der Volkskanzler feiert seinen 44. und zugleich den ersten Geburtstag als Staatsmann, und alle, alle, denen Deutschlands Größe am Herzen liegt, feiern freudig bewegt mit ihm.

Millionen und Abermillionen deutscher Volksgenossen senden ihre heißen Gebete um volles Gelingen der dem Kanzler von der Vorklebung gestellten gigantischen Aufgabe, Deutschland zu erwecken, Deutschland zu einem, zum Himmel empor. Nie aber auch sind härterer Glaube und festere Zuversicht in die Kraft der Hand eines Staatsmannes geübt worden, als in die Adolf Hitlers.

Die Weltgeschichte hat durch Gottes Fügung eine wunderbare Wendung genommen, die noch vor Monaten niemand vorauszuahnen wagte. Deutschland ist auf bestem Wege seiner nationalen und politischen Einigung. Was Generationen erstrebt und erhofften, was selbst der Staatskunst eines Bismarck versagt blieb, der Volkskanzler schuf es in Wochen. Seine zielstrebige, kraftvolle Hand schmiedete die Einheit Deutschlands über Nacht. Nie soll wieder der Main als Trennungslinie zwischen Nord und Süd genannt und nie wieder darf die vollkommene Einheit durch hundert Gruppen und Grüppchen gefährdet werden. Ein Reich, ein Volk, sei künftig keine hohle Phrase mehr. Ein Reich, ein Volk, sei das Leuchtmal künftiger deutscher Größe. Nur über äußerlich geeinte Volksgenossen soll und darf hinfort die Sonne innerhalb der deutschen Reichsgrenzen scheinen.

Freilich, auch der größte Staatsmann müßte scheitern, erfreute er sich nicht der Mithilfe aller aufbauwilligen Volksgenossen. Der Kampf um die nationale Erneuerung müßte zur Niederlage führen, die geistige und seelische Wiedergeburt des Volkes verstanden, wenn nicht jeder von uns zum Einsatz seiner besten Kräfte freudig bereit wäre.

Die deutsche Lehrerschaft teilt innerhalb der gigantischen Front ihren Platz, denn stärker als auf allen anderen Lebens- und Arbeitsgebieten greift das Werk der Neugestaltung des Staats- und Volksgedankens in die Bezirke unserer Erzieherarbeit ein. Will doch die neue Bewegung den Menschen in seiner Ganzheit erfassen und für ihre Ideen, für ihre Aufgaben und Ziele bilden und begeistern. Aus ihrem Geist wird daher auch die innere Formung der Jugend Leben gewinnen müssen, aus ihm wird die deutsche Erzieherchaft die Bereitschaft zur Arbeit am werden Geschlecht zu schöpfen haben. Kein Staat wird darauf verzichten können und dürfen, die tragenden Ideen des staatlichen und völkischen Werdens und Wollens durch die Erziehung in die Jugend hineinzupflanzen und durch sie weiterzutragen in die Zukunft.

Wir wollen uns dieser neuen Aufbauarbeit im Werke der Erziehung hingeben in wahrer Treue und mit unbedingter Wahrhaftigkeit, die stets leuchtende Edelsteine im Kranz der Lehrertugenden gewesen sind. Wir bejahen mit jeder Faser unseres Herzens das nationale Sein, stehen in ernster Pflichtbaltung zum neuen Staate und zum Gedanken des nation-

alen Aufbaus. Als Erzieher sind wir uns bewußt, daß vor allem unsere Jugend das Ja zum Staate finden muß. Jeder von uns wird in wahrer Erziehertrübe der starke Wegbahner und der sichere Führer der Jugend sein müssen.

Unser Erziehergewissen soll sich stets daran erinnern, was der Staat, der der alleinige Herr der Schule ist und der diese Herrschaft mit keiner anderen Macht im Staate zu teilen hat, von uns fordert. So gilt auch für uns deutsche Lehrer, was der Reichskanzler Adolf Hitler in der Garnisonkirche in Potsdam sprach:

